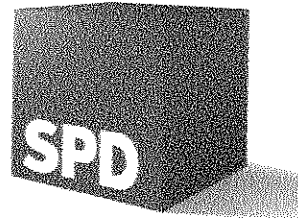


Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Bundesgeschäftsführer



ANPACKEN.  
FÜR UNSER LAND.

VDP - Verband Deutscher  
Privatschulen  
Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern  
Schleswig-Holstein e.V.  
Landesgeschäftsführer  
Herrn Christian Schneider  
Wismarsche Str. 300

19055 Schwerin

Berlin, 2. Juli 2009

**Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl  
Ihr Schreiben vom 15. Juli 2009**

Sehr geehrter Herr Schneider,

vielen Dank für Ihr Interesse an den Inhalten sozialdemokratischer Politik und den Vorhaben der SPD nach der Bundestagswahl. Multiple-Choice-Verfahren, Schätzfragen etc. sind für eine politische Argumentation und eine echte Auseinandersetzung mit dem Thema unseres Erachtens aber ungeeignet. Es würde aus unserer Sicht weder Ihren berechtigten Informationsinteressen noch der Sache gerecht werden.

Wir bitten Sie um ihr Verständnis, dass wir Ihre Fragen nicht durch einfaches Ankreuzen vorgegebener Statements beantworten, sondern in einem ausführlichen Text auf die wichtigsten Punkte eingehen.

Mit freundlichem Gruß

Kajo Wasserhövel

**Anlage**

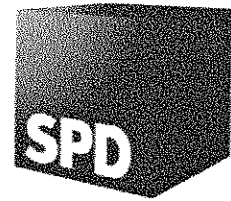
wie im Schreiben erwähnt

Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin  
Postanschrift:  
10911 Berlin

Telefon (0 30) 2 59 91-3 10  
Telefax (0 30) 2 59 91-4 49  
Telegramm-Adresse:  
Sopade Berlin

e-mail:  
bundesgeschaeftsfuehrer@spd.de  
Internet:  
<http://www.spd.de>

SEB Bank AG  
Berlin  
BLZ 100 101 11  
Konto 1000 435 800



**ANPACKEN.  
FÜR UNSER LAND.**

**Antworten der SPD zum Fragenkatalog  
des  
VDP – Verbandes Deutscher Privatschulen  
Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein e.V.**

Unser Ziel ist ein sozial gerechtes, leistungsstarkes und durchlässiges Schulsystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt. Unser Hauptaugenmerk liegt hierfür auf den öffentlichen Schulen. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Das werden wir mit einer besseren individuellen Förderung verbinden. Die SPD wird sich weiterhin für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen. Wir wollen langfristig das gegliederte Schulwesen überwinden.

Freie Träger sind ein wichtiger ergänzender Bestandteil unseres Bildungssystems. Die staatlich anerkannten Schulen in privater Trägerschaft leisten einen beachtlichen Beitrag zum Bildungsangebot in Deutschland. Für die SPD sind die Vorgaben des Art. 7 GG grundlegend. Sie sollten stets auf ihre Einhaltung geprüft werden, insbesondere auch um eine Selektivität nach sozialem Status auszuschließen.

Wir wollen darüber hinaus, dass Schulen selbstständiger arbeiten können. Sie erhalten verbindliche Standards und ihre Leistungsfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Dabei sollen sie jedoch weit mehr eigene Kreativität und Kompetenz entfalten können. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und deren Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

Die Regelungen für die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Sie bleiben auch in Zukunft Ländersache. Die SPD steht einer finanziellen Unterstützung staatlich anerkannter Schulen in privater Trägerschaft grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere wenn ein besonderes pädagogisches oder örtliches Interesse festgestellt wurde. So hat sich zum Beispiel die sozialdemokratische Regierung in Mainz mit den rheinland-pfälzischen Privatschulen auf ein umfassendes Finanzierungs- und Förderungskonzept geeinigt, bei dem 2009 rund 135 Millionen Euro und 2010 rund 140 Millionen Euro für die Unterstützung der staatlich anerkannten Privatschulen im Landeshaushalt bereitgestellt werden. Durch diese Veränderungen werden die staatlichen Leistungen für die Personalkosten für Lehrkräfte im Beschäftigtenverhältnis („Angestellte“) um rund 4.000 Euro pro Jahr und für beamtete Lehrkräfte um mehr als 2.200 Euro pro Jahr heraufgesetzt. Sämtliche Arbeitgeberkosten, insbesondere auch die Anteile an den Krankenversicherungsbeiträgen, werden in Rheinland-Pfalz künftig in die Berechnung der staatlichen Finanzhilfen einbezogen.

Die SPD weiß um das groß ideelle und finanzielle Engagement der Privatschulträger und der Eltern. Daher haben wir uns im Bundestag für einen Kompromiss stark gemacht, der vorsieht, dass das Schulgeld bis zu einem Betrag von 5.000 Euro pro Jahr und Kind zu 30% steuerlich abgesetzt werden kann. Somit wird die Arbeit vieler Schulen in freier Trägerschaft - vor allem von den Freien Waldorfschulen bzw. dem Großteil anderer kirchlicher oder freier Träger von

genehmigten Ersatz- oder Ergänzungsschulen - auf eine verlässliche Grundlage gestellt und der Anspruch auf freie Schulwahl geschützt.

Lehrerinnen und Lehrer in allen Bildungsbereichen leisten viel – ihr Engagement verdient mehr Anerkennung. Gemeinsam mit den Eltern legen sie das Fundament unserer Zukunft. Wir wollen wieder mehr Menschen dafür begeistern, ein Lehramtsstudium zu absolvieren. Deshalb sind wir für ein gebührenfreies Studium. Die Union hat in vielen Bundesländern Studiengebühren eingeführt jedoch ist von einer durch Gebühren verbesserten Lehre weit und breit nichts zu sehen. Stattdessen wird in jenen Ländern deutlich, dass Studiengebühren sozial ungerecht und bildungspolitisch ein schwerer Fehler sind. Denn es schreckt junge Menschen auch vom Lehramtsstudium ab. Deutschland braucht aber nicht weniger sondern mehr hoch qualifizierte Lehrer.

Mit der SPD wird es deshalb keine Studiengebühren geben. Dort, wo sie von der Union eingeführt wurden, werden wir sie – wie schon in Hessen – wieder abschaffen. Ein weiterer Schritt, um mehr Menschen zu ermuntern ein Lehramtsstudium zu absolvieren, sind finanzielle Unterstützung und Förderung.

Die SPD legt den Schwerpunkt weiter auf den Ausbau des Studierenden-BAföGs. Bereits mit der letzten Gesetzesänderung haben wir die Bedarfssätze und die Freibeträge um 8 Prozent angehoben. Damit steigt beispielsweise der Förderhöchstsatz für Studierende von bisher 585 Euro auf etwa 643 Euro. Mindestens genauso wichtig wie die Anhebung der Bedarfssätze, ist die Erhöhung der Freibeträge. Im Ergebnis werden wir die Bundesmittel für das BAföG von 780 Millionen Euro im Jahr 1998 auf voraussichtlich knapp 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2009 gesteigert haben. 2009 fördern wir damit voraussichtlich rund 380.000 junge Menschen mehr als noch vor zehn Jahren. Darüber hinaus werden wir das Studierenden-BAföG so ausweiten, dass Studieren auch in späteren Phasen der Erwerbsbiografie möglich wird. Dazu gehört, dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können und die Altersgrenze für den BAföG-Bezug angehoben wird.

Mit einem wettbewerbliches Anreizsystem nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ wollen wir einen positiven Wettbewerb der Länder um die Studierwilligen erreichen. Wir halten an dem Ziel fest, die Zahl der Studienplätze insgesamt zu erhöhen. Neben dem quantitativen Ausbau der Studienplätze setzen wir uns die Verbesserung der Lehre und der Berufsberatung an den Hochschulen zum Ziel.

Schließlich wollen wir auch Initiativen starten, um die Lehramtsstudiengänge attraktiver zu machen, das Referendariat aufzuwerten und mehr Praxisbezug herzustellen. Wir wollen in Absprache mit den Ländern und Kammern dafür sorgen, dass die vollzeitschulische Ausbildung wie die duale Ausbildung unbefristet im Berufsbildungsgesetz verankert wird. Das von der SPD geplante Schulsozialarbeiter-Programm wird die Lehrer und Lehrerinnen zusätzlich im Schulalltag entlasten.

Der Weiterbildung kommt eine Schlüsselrolle zu. Nur mit ihrem Ausbau wird es gelingen, jeder und jedem Einzelnen die Möglichkeit zu sichern, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebenslanges Lernen kontinuierlich zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Von einem Ausbau an Weiterbildungsangeboten im Schulbereich profitieren Lehrer, Schüler, Eltern und das gesamte Schulsystem. Unser Ziel ist es insgesamt, die Beteiligung an der formalisierten Weiterbildung bis 2015 auf 60 Prozent zu erhöhen. Deshalb werden wir mit einem Erwachsenenbildungsfördergesetz bundeseinheitliche Regelungen für die Weiterbildung schaffen. Damit wollen wir die Leistungen des Staates sowie Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen zusammenführen. In dem Gesetz werden auch die Regeln des BAföG zusammengefasst. Wir wollen außerdem die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Mit der neuen Arbeitsversicherung wollen wir dazu beitragen, dass in den Betrieben Langzeitkonten für Weiterbildung attraktiver werden. Es soll ein öffentlich finanziert Anteil auf jedes Langzeitkonto gezahlt werden, der aber nur für Qualifizierungszwecke genutzt werden kann.

Weiterbildung liegt in der Zuständigkeit vieler Akteure. Hier sind die Unternehmen und die Tarifparteien genauso gefragt wie der Staat und die Kommunen, aber auch jeder und jede Einzelne. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Pakt für Weiterbildung aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen und den Tarifpartnern. Aufgabe des Paktes ist es, konkrete Vereinbarungen über die Steigerung der Anstrengungen für Weiterbildung zu schließen. Ziel einer gemeinsamen Weiterbildungsstrategie muss es darüber hinaus sein, die Unüberschaubarkeit des Weiterbildungssektors zu überwinden, ressortübergreifendes Handeln zu vereinfachen und Weiterbildung mit System zu schaffen.

Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das Recht auf Bildung wollen wir bereits im frühkindlichen Alter verwirklichen. Jedes Kind muss individuell gefördert werden. Wir wollen deshalb, dass alle Kinder in den Kindertagesstätten in den Genuss qualitativ hochwertiger, altersgerechter Bildung kommen. Wir haben dafür gesorgt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Wir wollen daraus ein Recht auf Ganztagsbetreuung machen. Weil es gerade für Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien besonders wichtig ist, wollen wir schrittweise die vollständige Beitragsfreiheit einführen.

In SPD-regierten Ländern wie z.B. Rheinland-Pfalz gibt es bereits sehr gute Erfahrungen mit der Beitragsfreiheit. Das letzte und das vorletzte Kita-Jahr sind hier bereits beitragsfrei. Das hat dazu geführt, dass hier mittlerweile nahezu alle Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung eine Kita besuchen. Ab August 2010 gilt die Beitragsfreiheit für den gesamten Kindergartenbesuch ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr. Die finanzielle Entlastung für die Eltern beträgt dann durchschnittlich ca. 700 Euro im Jahr.